

# Volksentscheid

gegen Kriegs- und Naziverbrecher  
über die Übergabe ihrer Betriebe  
in das Eigentum des Volkes

*C*

SLUB Dresden

zell1

2017

8

019075

m001 | MAG

(Beitrag zur Behandlung der Fragen des Volksentscheides  
in Mitgliederversammlungen der SED)

850187

~~Bezirksparteischule der SED  
„Georg Weidner“ 8031 Dresden  
Maternistraße 17 – Bibliothek~~

D 401 ausgen. Vrs.

2017 8 019075

## 1. Kriegs- und Naziverbrecher führten Volk und Land in die größte Katastrophe aller Zeiten.

Noch nie in der Weltgeschichte wurde ein Volk durch die Verbrechen einer reaktionären Clique in eine solche Katastrophe geführt wie das deutsche. Zweimal im Laufe eines Vierteljahrhunderts wurde es in imperialistische Weltkriege hineingestürzt und beide Male — und vor allem durch die Folgen des letzten — fast zermalmt. Es waren die Industrie- und Finanzmagnaten, die Junker und Militaristen, die Kirdorf und Zangen, die Krupp und Hugenberg, die Stauß und die Grafen von Donnersmarck, die Deutschland 1914/18 ins Unglück getrieben haben, die schuldig sind an der Inflation der Nachkriegsjahre und an der Wirtschaftskrise 1929/32. Diese Hochverräter an den Interessen unseres Volkes waren es auch, die die Machtübernahme durch die Nazis vorbereiteten und verwirklichten und die zusammen mit den Naziverbrechern den zweiten Weltkrieg durchführten.

## 2. Welche Lehren sind hieraus zu ziehen?

Diese reaktionäre Clique gilt es bis zum letzten Mann zu erkennen und sie als Volksfeinde von der Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens unseres Landes ein für allemal auszuschalten. Das ist notwendig, um dem Volke den **endgültigen Frieden** zu sichern. Diese Ausschaltung bedeutet in erster Linie die Beseitigung der Ursachen, die zu einem neuen Krieg, zu einer neuen und vollends verderblichen Katastrophe führen könnten. Das ist notwendig, um die **Demokratisierung** Deutschlands zu verbreitern und zu vertiefen, um damit eine friedliche Entwicklung für das deutsche Volk zu sichern. Nur durch die restlose Beseitigung dieser Industrie- und Finanzmagnaten, dieser Junker und Militaristen aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands wird unser Volk wirklich fähig werden, selber den Weg der deutschen Nation zu bestimmen und sich nicht mehr von reaktionären Rattenfängern einfangen zu lassen.

Schon einmal hatte das deutsche Volk hierzu die volle Möglichkeit. Das war **im Jahre 1918**. Aber damals wurde sie durch den Mangel an wahrer Demokratie im Volke und durch das Nichtvermögen der fortschrittlichen Kräfte, sich wie ein Mann gegen die reaktionären Feinde im eigenen Lande zusammenzuschließen, zu seinem eigenen Schaden und zum Schaden Deutschlands nicht genutzt. **Kein Kriegsverbrecher wurde bestraft**; ihnen wurde ihre ökonomische Grundlage nicht entzogen. Sie wurden aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben unseres Landes nicht ausgeschaltet. Die Folge davon war, daß sie noch größere Kriegsverbrechen vorbereiten und durchführen konnten.

Dagegen sind heute von den alliierten Mächten nicht wenige Naziverbrecher und Kriegsschuldige verhaftet worden. In Nürnberg, in Prag und in anderen Städten sehen sie ihrer Verurteilung und einer gerechten Strafe entgegen. Aber noch laufen viele Drahtzieher des Hitlerfaschismus und seines Krieges, noch viele Industrie- und Finanzmagnaten, Junker und andere Kriegsinteressenten — vor allem im Westen Deutschlands — frei

herum. Sie alle wollen ihre verbrecherische, für unser Volk und Land so verderbliche Politik weiterführen und — soweit sie nicht verjagt wurden — ihre alte Machtposition wieder einnehmen. Sie sabotieren die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse, die mit den Interessen des deutschen Volkes zusammenfallen, die seinen Bestand, die demokratische Entwicklung und die Einheit Deutschlands garantieren und unserem Volke durch die Wiedergutmachung die Rückkehr in die Familie der friedliebenden Völker ermöglichen. Sie wollen den demokratischen Neuaufbau Deutschlands, seine friedliche Entwicklung vernichtend stören, die nationale Einheit unseres Volkes sprengen, um die alten antidemokratischen Zustände wiederherzustellen und wieder die Herren Deutschlands zu werden.

Nicht wenige dieser Kriegsinteressenten und Reaktionäre sitzen noch in der Wirtschaft und versuchen — nicht selten unter demokratischer Maske — ihr altes Spiel von 1918 zu wiederholen. Sie sind bereit, den Weg von damals noch einmal zu gehen, und sie werden ihn gehen, wenn wir sie nicht daran hindern und wenn wir nicht ihren Einfluß für immer liquidieren. Das aber kann nur geschehen, wenn ihre ökonomische Grundlage völlig zerschlagen wird. Diese Zerschlagung — und dessen muß sich jeder bewußt werden — ist die Voraussetzung für die Sicherung des Friedens, ist ein entscheidender Bestandteil des Kampfes um die Sicherung des demokratischen Neuaufbaues Deutschlands, um die friedliche Entwicklung auf allen Gebieten des Lebens unseres Volkes.

In dem von der Roten Armee besetzten Teil Deutschlands wurde auf diesem Gebiete schon vieles getan. So hat die Bodenreform die ökonomische Grundlage eines großen Teiles der Junker und Militaristen zerschlagen. Die Beschlagnahme der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher, die Reinigung der Behörden, der Schulen und anderen Institutionen von Nazielementen ist in diesem Teil Deutschlands ein entscheidender Schritt zur Demokratisierung des Landes und zur Sicherung des Friedens. Es besteht kein Zweifel, daß diese und andere Maßnahmen ihre Auswirkungen auch auf die anderen Teile Deutschlands haben werden, wenn wir weiterhin konsequent den Weg des Ausschlusses jeglichen Einflusses von Nazielementen und ihrer militaristischen und reaktionären Hintermänner auf die politische und wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands gehen werden.

Die Sozialistische Einheitspartei hat wiederholt ihren Willen gezeigt, diesen Kampf zu führen. So erklärte der Vereinigungsparteitag des Landes Sachsen am 7. 4. d. J. in seiner Resolution mit aller Entschiedenheit, daß als eine der nächsten unmittelbaren Aufgaben vor der Partei steht:

„Die Bestrafung und Entmachtung aller Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen.“

Der Vereinigungsparteitag Sachsens zeigte den Weg zur Lösung dieser Aufgabe auf, indem er sagte:

„Durch die Liquidierung der Monopole und der privatkapitalistischen Großbanken als der Hauptkriegsschuldigen und die Uebergabe der Betriebe und Unternehmungen der Naziverbrecher und Kriegsinteressenten an die Selbstverwaltungen werden wir ihnen die ökonomischen Grundlagen entziehen und ihren Besitz für die Beseitigung der Folgen ihres verbrecherischen Krieges verwenden.

Zur restlosen Verwirklichung dieser Aufgaben werden wir das Volk zur politischen Entscheidung aufrufen.“

Der Reichsparteitag der SED stellte ebenfalls die Aufgabe:

„Bestrafung aller Kriegsschuldigen und Kriegsverbrecher . . . Uebergabe der Unternehmungen der Kriegsschuldigen, Faschisten und Kriegsinteressenten in die Hände der Selbstverwaltungsorgane.“

Diesen Weg zu gehen wurde auch möglich durch das großzügige Entgegenkommen der sowjetischen Besatzungsbehörde. Nach dem Abkommen der alliierten Mächte sind alle Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher beschlagnahmt worden, und es liegt in ihrem Ermessen, sie abzubauen oder über sie nach Gutdünken zu verfügen. Eine der Besatzungsmächte, die Sowjetunion, hat entgegenkommenderweise sich bereit erklärt, eine große Zahl der von ihr beschlagnahmten Betriebe nicht abzubauen, und hat sie dem Volke zur Verfügung gestellt. Sie setzt damit großes Vertrauen in die gesunden demokratischen Kräfte unseres Volkes und erwartet, daß die Gewähr gegeben wird, daß die wirtschaftliche Kraft dieser Betriebe niemals wieder in den Dienst eines räuberischen Krieges gestellt wird. Wir müssen anerkennen, daß diese Maßnahme ein Vertrauensvotum für das deutsche Volk ist und daß damit zum Ausdruck gebracht wird, was der Generalissimus Stalin wiederholt erklärte, daß die Rote Armee, das Sowjetvolk keinen Haß gegen das deutsche Volk hegt und hegen kann, daß es lächerlich wäre, „die Hitlerclique mit dem deutschen Volk, mit dem deutschen Staat gleichzusetzen“ (23. Februar 1942).

Diesem dem deutschen Volk geschenkten Vertrauen gerecht werden kann unser Volk aber nur, indem alle Schichten den Beweis erbringen, daß sie ernsthaft gewillt sind, die **Sicherung des Friedens mit allen Mitteln** durchzusetzen und die Naziverbrecher und Kriegsschuldigen endgültig aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben auszuschalten. Das aber kann nur geschehen, wenn diese Betriebe in den Dienst des Volkes zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse und zur Wiedergutmachung gestellt werden.

### **3. Die Bedeutung des Volksentscheides zur Uebergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes.**

Wir stehen heute — zunächst im Lande Sachsen — mitten in dieser politischen Entscheidung. Das Volk wird aufgerufen zum Volksentscheid über die Uebergabe von Betrieben der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes.

**Seines Betriebes soll also verlustig gehen, wer Kriegsverbrecher ist, wer am Kriege verdienen wollte und verdient hat und wer in Zukunft eine weitere Gefahr für Frieden und Demokratie sein wird.**

Der Volksentscheid richtet sich nicht gegen die kleinen nominellen Nazimitglieder. Die Naziverbrecher und die großen Kriegsinteressenten sollen bestraft werden, nicht aber die kleinen Mitläufer. Das übliche Spiel „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen“ darf von uns nicht geübt werden.

Mit anderen Worten, unser Volk soll durch eine demokratische Entscheidung alle die reaktionären Kräfte, die auf neue kriegerische Abenteuer lossteuern, die andere Völker entrechten, unterdrücken und ausbeuten möchten, völlig entmachten und ihr Wiederaufkommen ein für allemal unmöglich machen. Unser Volk soll mit diesem Entscheid gleichzeitig der Welt zeigen, daß es sich von der faschistischen Ideologie vom „Herrenmenschen“ und vom mangelnden „Lebensraum“ völlig lossagt. Es soll beweisen, daß es nun darauf bedacht ist, aus eigenen Kräften in friedlicher Arbeit aus der Wirtschaft im eigenen Lande und in friedlichem Austausch seinen Lebensbedarf zu sichern und den Weg unserer Nation selbst zu bestimmen, und zwar im demokratischen Sinne.

Mit diesem Volksentscheid zur Ueberführung der bisher für den Krieg arbeitenden Betriebe der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen in die Hände der Selbstverwaltung soll es seine Bereitschaft zeigen, die Schande der auf Deutschland lastenden Kriegsverbrechen und seiner Mitschuld an diesen zu beseitigen. Das kann aber nur geschehen durch friedlichen Aufbau, durch gewissenhafte Wiedergutmachung der an den Völkern Europas von deutschen Menschen begangenen Untaten als die Voraussetzung dafür, einmal wieder in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker aufgenommen zu werden.

Die Uebergabe der Betriebe der Naziverbrecher und Kriegsschuldigen in die Hände der Selbstverwaltungsorgane auf Grund eines Volksentscheides soll beweisen, daß das deutsche Volk bereit ist, entschieden den Weg zur **Erhaltung des Friedens** zu gehen.

Aus diesen Gründen ist es **falsch, anzunehmen**, die Enteignung dieser Kriegs- und Naziverbrecher brauche nicht unbedingt über den Weg des Volksentscheides zu erfolgen; ein Gesetz, erlassen durch die Landesverwaltung, führe zum gleichen Ziele. Wer einer solchen Auffassung huldigt, unterschätzt die gewaltige Bedeutung des Volksentscheides als eines Mittels zum demokratischen Aufbau unserer Wirtschaft auf der Grundlage der Friedensproduktion, als eines Mittels zur **Hineinziehung der breiten Volksmassen in den Kampf gegen die Volksfeinde**, für die ungestörte Weiterführung des Aufbaues und für die friedliche Entwicklung auf allen Gebieten des Lebens.

Zum gleichen Ergebnis führt auch eine andere Stimmung, die praktisch auf die **Verteidigung ihrer am Kriege interessierten Unternehmer durch die Belegschaft** dieses oder jenes Betriebes hinausläuft. In solchen Fällen wird meist so argumentiert: Alles, was gesagt wird, ist recht schön und gut, aber „unser Unternehmer“ war kein aktiver Nazi und er tut etwas für die Arbeiter, ist uns gegenüber ein anständiger Kerl. Es gibt natürlich Fälle, wo solche Unternehmer, deren Betriebe auf Grund begangener Kriegsverbrechen unter die Uebergabe an die Selbstverwaltung fallen, sich eine gute Meinung durch kleine Zugeständnisse an die Arbeiter zu erkaufen suchten. Aber es ist falsch, sich hierbei von betriebsegoistischen Motiven oder gar von falschem Mitleid leiten zu lassen. Denn auch sie gehören zu den Hauptschuldigen an dem Unglück Deutschlands; auch sie müssen bestraft und entmachtet werden. Solche schädlichen Stimmungen der Verteidigung des eigenen Unternehmers sind der Ausdruck der noch heute wirkenden Beeinflussung der Arbeiter durch die Reaktion aus der zurückliegenden Zeit der verhängnisvollen Arbeitsgemeinschaftspolitik und der von den Nazis propagierten „Gefolgschaftstreue“. Solche falschen Auffassungen zu dulden, würde bedeuten, mitzuhelfen, daß die Reaktion nicht nur in den breiten Kreisen der Arbeiterschaft, sondern bis hinein in die Reihen der SED Stützpunkte erhält. Wenn solche Stimmungen um sich greifen, werden wir nicht in der Lage sein, unser Ziel — die ökonomische Entmachtung der Kriegsverbrecher zur Sicherung des Friedens und des demokratischen Aufbaues — durchzusetzen. In einem solchen Falle besteht die Möglichkeit, daß die Sowjetmacht andere Wege gehen wird, um die Ausnutzung der wirtschaftlichen Kraft dieser Betriebe für neue Kriege zu verhindern. Wir müssen darum stets und immer **das große Ziel** vor Augen haben, das mit diesem Volksentscheid errungen werden soll: die Sicherung des Friedens und des demokratischen Aufbaues. Ist das der Fall, so werden niemals solche unrichtigen und gefahrbringenden Stimmungen und Meinungen aufkommen. Darum ist eine **breite Aufklärungsarbeit über die politische Bedeutung des Volksentscheides** so ungeheuer notwendig. Sie allein kann von vornherein allen solchen und ähnlichen Stimmungen das Wasser abgraben.

#### 4. Die Uebergabe von Betrieben der Kriegs- und Nazi- verbrecher in das Eigentum des Volkes ist keine Sozialisierung, keine sozialistische Maß- nahme.

Der Volksentscheid ist also ein wichtiges Mittel, um vor allem den Frieden und die konsequente Demokratisierung des Volkes sichern zu helfen und neue entscheidende Erfolge des demokratischen Aufbaues zu erringen. Er ist darüber hinaus ein Mittel zur Festigung der wirtschaftlichen Basis der Demokratie, bestimmt, durch planvolle Organisation der Produktion die Folgen des Krieges zu überwinden und die Produktion der lebensnotwendigen Güter unseres Volkes zu sichern. Darum können diese Betriebe nur von den Selbstverwaltungsorganen geleitet werden. Nur sie bieten die Gewähr, die Verwendung dieser bisherigen Kriegsbetriebe im Interesse einer wahren Friedensproduktion zur Wiedergutmachung und zugunsten der Versorgung des Volkes durchzusetzen.

Es wäre falsch, hieraus die völlig abwegige Schlussfolgerung zu ziehen, die Enteignung dieser Betriebe wäre eine sozialistische Maßnahme und man müsse eigentlich allen großen Unternehmern alles enteignen. Die so sprechen, übersehen die gewaltige Bedeutung des Volksentscheides gegen die Naziverbrecher und Kriegsschuldigen, der die Sicherung des Friedens und des demokratischen Aufbaues zum Ziele hat. Der Volksentscheid soll allein die Brechung ihrer ökonomischen Macht herbeiführen, denn diese ist eine akute Gefahr für den Frieden. Darum kann man auch in der Ueberführung der Betriebe der Naziverbrecher und Kriegsinteressenten in das Eigentum des Volkes nicht den Beginn des Sozialismus sehen. Die Uebereignung dieser Betriebe an das Volk und ihre Uebergabe in die Hände der Selbstverwaltung ist kein Sozialismus, denn sie wird in einem besetzten Lande von einem demokratischen Selbstverwaltungsorgan (Landesverwaltung) auf Grund einer demokratischen Entscheidung des Volkes durchgeführt, **nicht aber von einem Arbeiterstaat**. Niemand kann behaupten, daß hier in der von der Roten Armee besetzten Ostzone die Arbeiterklasse die politische Macht uneingeschränkt ausüben würde. Die hier bestehenden Selbstverwaltungsorgane arbeiten im Rahmen der SMA. Sie sind Organe, die sich wohl auf die werktätigen Schichten des Volkes stützen. Sie sind aber keine selbständige Macht, die nur von der Arbeiterklasse getragen wird.

„Die grundlegende Voraussetzung zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Dabei verbündet sie sich mit den übrigen Werktätigen“

sagen eindeutig die „Grundsätze und Ziele der SED“ (angenommen auf dem Reichsparteitag am 20. April).

Wenn also auch die Betriebe der Naziverbrecher und Kriegstreiber als die Hauptkräfte der volksfeindlichen Kriegspolitik, als die Organisatoren und Profitmacher des Völkermordes in das Eigentum des Volkes übergehen werden, wird damit der **Privatkapitalismus als solcher nicht berührt**. Der **kleine und mittlere Unternehmer bleibt**.

Wenn wir es mit dieser Ueberführung der Betriebe der Naziverbrecher und Kriegsinteressenten auch nicht mit einer sozialistischen Maßnahme zu tun haben, müssen wir doch verstehen, daß damit beigetragen wird, die demokratische Wirtschaftsordnung zu festigen, zu stärken, denn neben den kleinen und mittleren Unternehmern wird der kommende demokratische Staat über **einen eigenen und nicht schwachen Wirtschaftssektor verfügen**.

Und das ist zweifelsohne ein gewaltiger Fortschritt zur Umstellung der Wirtschaft auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung in Stadt und Land. Diese demokratische Wirtschaftsordnung, die keine sozialistische ist und sein kann, zu schaffen, ist neben der Zerschlagung der ökonomischen Grundlagen der Naziverbrecher und Kriegsschuldigen mit ein entscheidender Grund zur Herbeiführung eines positiven Ergebnisses des Volksentscheids.

## **5. Der Volksentscheid richtet sich nicht gegen die Mittel- und Kleinbetriebe.**

Da der Volksentscheid ausschließlich gegen Kriegs- und Naziverbrecher und aktivistische Nazis gerichtet ist, ist es klar, daß mit dieser Maßnahme nicht die Klein- und Mittelbesitzer betroffen werden sollen. Im Gegenteil, diese können den Volksentscheid nur begrüßen. Werden sie doch hierdurch endlich von dem großen Druck befreit, der auf ihnen lastet, werden sie dadurch frei von der Gefahr, rücksichtslos von den Monopolen verschluckt zu werden, wie das doch früher mit ihnen so oft geschah. Diese Betriebe sind ihrem Wesen nach allein an der Friedensproduktion interessiert und haben im allgemeinen keine Kriegsinteressenten zum Besitzer.

Das ist auch der Grund dafür, daß ein Teil der unter den Volksentscheid fallenden Klein- und Mittelbetriebe an Private verkauft werden soll. Dazu kommt, daß gerade das Handwerk und Gewerbe die allergrößte Bedeutung für die Versorgung des Volkes haben. Gewiß hat es Klein- und Mittelbetriebe gegeben, die mit der Kriegsproduktion verbunden waren. Aber es wäre falsch, diese Betriebe mit den Betrieben der Monopolkapitalisten, der Kriegstreiber und Kriegsschuldigen, die an Kriegen unbedingt interessiert sind und Kriege immer vorbereiten und entfesseln, gleichzusetzen. Die demokratische Wirtschaftsordnung bietet die Gewähr, daß die Betriebe der Klein- und Mittelbesitzer im neuen Staat allein dem Frieden dienen. Aus dieser Erwägung heraus soll eine große Anzahl der unter den Befehl 124 des Marschalls Schukow fallenden Klein- und Mittelbetriebe ausdrücklich von der Enteignung ausgenommen werden. Mehr noch, sie sollen freigegeben werden und ihre Besitzer sollen die Möglichkeit erhalten, unter den neuen Bedingungen der Demokratie als aufbauwillige Kräfte ihre Privatinitiative zu entfalten und der Demokratie, dem Volke durch die Herstellung lebenswichtiger Produkte ehrlich zu dienen.

## **6. Die Rolle der SED und der Blockparteien im Volksentscheid.**

In der Bestrafung und Entmachtung aller Naziverbrecher und Kriegsschuldigen sieht — wie schon gesagt — die Sozialistische Einheitspartei eine ihrer nächsten und unmittelbaren Aufgaben. Darum begrüßt sie auch den auf ihre eigene Initiative von der Landesverwaltung organisierten Volksentscheid und stellt ihre ganze Kraft zur Verfügung, um durch ihn die Uebergabe der Betriebe und Unternehmungen der Kriegs- und Naziverbrecher an die Selbstverwaltungsorgane zu erreichen. Es ist klar, daß hierbei die SED der Motor sein muß, der alle fortschrittlich denkenden und handelnden Menschen für den Volksentscheid in Bewegung setzt. Hierbei hat sie eine gewaltige Aufklärungsarbeit zu leisten, um die politische Bedeutung dieser Maßnahme richtig aufzuzeigen und allen Bestrebungen der Reaktion entgegenzuwirken, die durch Gerüchtemacherei und Verleumdungen die Massen des Volkes zu verwirren suchen. Darum wird der Volks-



entscheid auch die erste große Kraftprobe der SED im Kampf gegen die Reaktion sein. Von der Tätigkeit jedes einzelnen Genossen wird es abhängen, zu wessen Gunsten dieser Kampf ausfällt, ob wir ein Beispiel der Entmachtung der Reaktion schaffen, das vorbildlich für ganz Deutschland sein soll.

Ist die SED in dieser Bewegung für den Volksentscheid der Motor, so bedeutet das nicht eine Herabminderung der Rolle der anderen demokratischen Parteien. Im Gegenteil! Nur zusammen mit allen demokratischen Kräften kann dieser entscheidende Schlag gegen die Kriegs- und Nazi-verbrecher zu einem durchschlagenden politischen Erfolg werden, der für die gesamte Ostzone und für ganz Deutschland von Bedeutung ist. Darum müssen wir ernsthaft bestrebt sein, auch in den Kreisen der anderen demokratischen Parteien volle Klarheit über die Bedeutung des Volksentscheides zu sichern und alle aufrechten Demokraten und Freunde der Sicherung des Friedens für ein gemeinsames Vorgehen gewinnen. Das ist besonders wichtig für die unteren Parteieinheiten. Der bevorstehende Kampf um die Volksentscheidung muß entscheidend dazu beitragen, unsere Bündnispolitik zu festigen und zu stärken. Nur so werden wir die übergroße Mehrheit der Bevölkerung für die gewaltige, für unser Volk so wichtige Entscheidung für Demokratie und Frieden restlos gewinnen.

Neben und zusammen mit den demokratischen Blockparteien hat der FDGB entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Durchführung des Volksentscheides. Gerade diese Organisation, deren Hauptarbeit in den Betrieben liegt, ermöglicht allein in Sachsen die Mobilisierung von mehr als einer Million Menschen. Dabei ist zu beachten, daß gleichzeitig die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen läuft. Beide Fragen stehen in engster Verbindung miteinander und sind konkret zu behandeln mit der Entfaltung des Produktionsprogramms und der Durchsetzung der Mitwirkung und der Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben, ohne die eine Friedensproduktion unmöglich ist. Als Mitglied des FDGB hat ein jeder im Betrieb arbeitende Genosse unermüdliche Aufklärungsarbeit über die gewaltige Bedeutung des Volksentscheides in den Betrieben und in den Industriegewerkschaften zu leisten.

## **7. Was bedeutet die Uebergabe der Betriebe der Nazi-verbrecher und Kriegsschuldigen für die einzelnen Volksschichten?**

Diese Frage ist von größter Bedeutung! Von ihrer Beantwortung hängt ebenfalls ab, wieweit die demokratischen Parteien die Massen für den Volksentscheid in Bewegung setzen können. Es ist klar, daß es gilt, alle Schichten des Volkes zu mobilisieren, daß alle Schichten sich bewußt sein müssen, was diese Kampagne gerade für sie bedeutet. Nur so kann der Reaktion aller Wind aus den Segeln genommen werden. Und diese Klarheit zu schaffen ist unsere Aufgabe.

Für die Frau und Mutter bringt die Enteignung der Kriegs- und Nazi-verbrecher die Gewißheit, in Zukunft ihre Söhne nicht für den Moloch Krieg zu gebären, ihren Mann keinen sinnlosen Tod an den Fronten des Krieges sterben zu lassen. Diese Uebergabe der Betriebe der Volksfeinde gibt ihr die Grundlage für ein glückliches Familienleben, unbeschwert von Kriegsnot und Verzweiflung, denn sie bringt ja die endgültige Sicherung des Friedens.

Für die Jugend bedeutet diese Maßnahme, in Zukunft nicht mehr Kanonenfutter zu sein, sondern wieder eingereiht zu werden in die friedliche Produktion und die Aussicht zu haben, ein aufbauendes Leben zu führen.

**Für den wahren Erzieher** bedeutet die Entmachtung der Naziverbrecher und Kriegsschuldigen endlich die Möglichkeit, die Jugend im Geiste eines wahren Humanismus, im Geiste der Liebe und Achtung zu anderen Völkern erziehen zu können.

**Für den Intellektuellen** bedeutet der erfolgreiche Volksentscheid nunmehr tatsächlich, sein Wissen und Können dem Volke in seinem Streben, ein demokratisches Deutschland aufzubauen, zur Verfügung stellen zu können und endlich frei zu sein von dem Zwang, der Reaktion und ihren verbrecherischen Zielen dienen zu müssen.

**Für den Handwerker und Gewerbetreibenden** bringt die Uebergabe der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher erst die volle Entfaltung seiner Schaffenskraft, gibt ihm eine sichere Existenz wieder und neue Entwicklungsmöglichkeiten, die in seinem Interesse, aber auch im Interesse des Volkes liegen.

**Für den Bauern** bringt erst die Uebergabe der im Volksentscheid vorgesehenen Betriebe zusammen mit dem dauernden Frieden die ungestörte Bewirtschaftung seines Grund und Bodens und macht es möglich, daß er in den tatsächlichen Genuß des Ertrages seiner Arbeit kommt.

**Für die ärmsten Schichten, für die Waisen, Kriegs- und Arbeitsverletzten, für die Heimkehrer** gibt die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher begründete Hoffnung auf eine bessere Zukunft in einem Deutschland des Friedens und des demokratischen Aufbaues.

So hat also die durch den Volksentscheid herbeizuführende Uebergabe der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher, also deren ökonomische Entmachtung, nicht nur für das deutsche Volk im ganzen genommen größte Bedeutung in der Erhaltung des Friedens und der schnellsten Steigerung der friedensmäßigen Produktion, sondern auch für jede Schicht unseres werktätigen Volkes. Darum ist es notwendig, bei der Agitation und Propaganda des Volksentscheides sich konkret an jede Schicht zu wenden und ihr die große Bedeutung klarzumachen, die diese Aktion gerade für sie hat.

Arbeiten wir in dieser Richtung. Beweisen wir Sozialisten, daß wir verschiedene Feinde jeglicher Reaktion sind — und der Sieg ist uns gewiß. Vergessen wir dabei nicht, daß der Kampf um die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheides der Kampf um die endgültige Sicherung des Friedens ist. Denken wir immer daran, die Welt schaut auf uns, von dem Ergebnis des Volksentscheides hängt nicht nur die weitere Entwicklung im Lande Sachsen ab, sondern die weitere Demokratisierung Deutschlands überhaupt. Wir wollen in diesem Kampf um Frieden und demokratischen Aufbau den Anfang machen, die Werktätigen der anderen Provinzen werden uns folgen.

**Leisten wir in der Durchführung des Volksentscheides ganze Arbeit, dann werden am 30. Juni, am Tage der Volksentscheidung, die Massen des Volkes für die Uebergabe der Betriebe der Kriegs- und Naziverbrecher in die Hände des Volkes stimmen.**

**VEREIN FÜR REGIONALE POLITIK  
UND GESCHICHTE DRESDEN e.V.**

**Pulsnitzer Str. 10  
01099 DRESDEN  
Tel./Fax: 0351 / 5 45 57**

Meister  
wird  
Volkes für  
die Hände des Volkes

M - 101, R - 101

SLUB DRESDEN



3 3828337